

Wir drucken eine von RT DEUTSCH veröffentlichte Übersetzung der Rede des russischen Premierministers Dmitri Medwedew auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2016 nach.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 023/16 – 18.02.16

Vollständige Rede des russischen Premierministers Medwedew auf der Münchner Sicherheitskonferenz

RT DEUTSCH, 17.02. 16

(<https://deutsch.rt.com/international/36838-vollstaendige-rede-russischen-premierministers-medwedew/>)

Die Rede des russische Premierministers Dmitri Medwedew im Rahmen einer Podiumsdiskussion während der Münchner Sicherheitskonferenz hat wegen ihres angeblichen "aggressiven Duktus" für zahlreiche Aufschreie und Verdrehungen in der deutschen Medienlandschaft gesorgt. RT Deutsch hat sich die Mühe gemacht und die gesamte Rede auf Deutsch übersetzen lassen, damit sich jeder seine eigene Meinung bilden kann und die Wiedergabe der Rede in den deutschen "Leitmedien" richtig einzuordnen weiß.

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Kollege Herr Valls (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Manuel_Valls), sehr geehrter Herr Ischinger (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Ischinger), meine Rede wird eher von allgemeiner Natur sein, aber ich hoffe, dass sie von Nutzen sein wird.

Der erste kalte Krieg endete vor 25 Jahren. In Bezug auf die Geschichte ist das nicht sehr lange, aber es ist eine beträchtliche Zeit für den einzelnen Menschen und sogar für Generationen. Und es ist sicherlich ausreichend, um unsere gemeinsamen Siege und Verluste beurteilen zu können, um sich neue Ziele setzen zu können und natürlich, um eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist als Austragungsort für angeheizte und offene Diskussionen bekannt. Ich bin zum ersten Mal hier. Heute würde Ich Ihnen gern Russlands Einschätzung zur aktuellen europäischen Sicherheitslage und mögliche Lösungen für unsere gemeinsamen Probleme, die durch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verschärft wurden, näher bringen.

Bevor ich zu dieser Konferenz kam, habe ich mich mit dem Präsidenten Wladimir Putin getroffen. Wir sprachen über seine Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007. (Eine deutsche Übersetzung dieser Rede ist unter <http://de.sputniknews.com/meinungen/20070213/60672011.html> aufzurufen.) Er sagte damals, dass ideologische Stereotypen, Doppelstandards und einseitige Handlungen nichts einfacher machen, sondern bloß Spannungen in den internationalen Beziehungen entfachen und die Chancen auf die Annahme sinnvoller politischer Entscheidungen mindern.

Haben wir damit übertrieben? Waren unsere Einschätzungen zur Lage zu pessimistisch? Leider muss ich sagen, dass die Situation jetzt noch schlimmer ist, als wir befürchtet haben. Die Entwicklung hat seit 2007 eine viel dramatischere Wende angenommen. Das Konzept des „Größeren Europas“ hat sich nicht bewahrheitet. Das Wirtschaftswachstum ist sehr schwach geworden. Die Migrationskrise treibt Europa auf einen Kollaps zu. Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika haben sich im Maßstab erhöht. Die Beziehungen

zwischen Europa und Russland sind ernüchternd. In der Ukraine tobt ein Bürgerkrieg.

In diesem Kontext müssen wir mehr als je zuvor einen intensiven Dialog über die künftige Architektur der euro-atlantischen Sicherheit, die globale Stabilität und regionale Bedrohungen beginnen. Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass dieser Dialog in vielen Bereichen eingestellt worden ist.

Das Problem der Kommunikationsschwierigkeiten ist in Europa und in Russland allgemein bekannt. Darüber hinaus haben wir unser Verständnis für die Kultur der gemeinsamen Rüstungskontrolle verloren, was für eine lange Zeit als Grundlage für die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens galt. Eine Partnerschaftsinitiative nach der anderen erlischt, die viel Zeit und Mühe kosteten, um sie zu etablieren. Der vorgeschlagene Europäische Sicherheitsvertrag wurde auf Eis gelegt. Die Idee eines Russland-EU-Ausschusses für Außen- und Sicherheitspolitik, die ich mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Meseberg diskutiert habe, ist nicht in die Tat umgesetzt worden (s. <http://www.n-tv.de/politik/Merkel-und-Medwedew-einig-article907493.html>). **Wir glauben, dass die NATO-Politik gegenüber Russland unfreundlich bleibt und sich allgemein verhärtet. Um es gerade heraus zu sagen: Wir rollen rasend schnell auf eine Phase des neuen Kalten Krieges zu. Russland wurde beinahe als die größte Bedrohung für die NATO oder für Europa, Amerika und andere Staaten dargestellt. (Und Herr Stoltenberg hat das gerade erst wieder bewiesen; s. <https://de.nachrichten.yahoo.com/sicherheitskonferenz-m%C3%BCnchen-liveblog-nato-generalsekret%C3%A4r-121600154.html?nhp=1>) Sie zeigen Angst einflößende Filme von Russen, die einen Atomkrieg starten. Manchmal frag ich mich, ob wir uns im Jahr 2016 oder 1962 befinden?** (Hervorhebung LUFTPOST)

Aber die wahren Bedrohungen für unsere kleine Welt sind von einer absolut anderen Natur und ich hoffe, dass Sie dem zustimmen. Der Begriff der "europäischen Sicherheit" umfasst nun mehr als es früher der Fall war. Vor vierzig Jahren betraf er vor allem militärische und politische Beziehungen in Europa, aber seitdem sind neue Probleme in den Vordergrund getreten, wie eine nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung, Ungleichheit und Armut, beispiellose Migration, neue Formen des Terrorismus und regionale Konflikte, auch in Europa. Ich beziehe mich auf die Ukraine, die instabile Balkanregion und Moldau (Moldawien), das am Rande eines nationalen Zusammenbruchs taumelt.

Die grenzüberschreitenden Bedrohungen und Herausforderungen, die wir für eine Weile für überwunden glaubten, sind mit neuer Stärke zurückgekehrt. Die neuen Bedrohungen, vor allem Terrorismus und Extremismus, haben ihren abstrakten Charakter für die Mehrheit der Menschen verloren. Sie sind in vielen Ländern Realität für Millionen geworden. Wie Herr Valls gerade erwähnt hat, sind sie zur täglichen Bedrohung geworden. Wir müssen jeden Tag mit einem Flugzeug, das in der Luft gesprengt wird, oder Personen, die in einem Café erschossen werden, rechnen. Eigentlich waren das die alltäglichen Ereignisse im Nahen Osten und nun ist es so auf der ganzen Welt.

Wir sehen, dass wirtschaftliche, soziale und militärische Herausforderungen sich gegenseitig ergänzen. Aber wir handeln weiterhin willkürlich, uneinheitlich, und in vielen Fällen ausschließlich in unserem eigenen nationalen Interesse oder ein beliebiger Sündenbock wird ernannt.

Ich biete Ihnen fünf Thesen für die Sicherheit als solche an:

1. Die Wirtschaft:

Wir stehen quasi vor einem Paradigmenwechsel in den internationalen Wirtschaftsbezie-

hungen. Die traditionellen Systeme sind nicht mehr wirksam. Politische Zweckmäßigkeiten übernehmen die Oberhand gegenüber einfachen und klaren wirtschaftlichen Beweggründen. Der Verhaltenskodex wird ad hoc neu formuliert, um sie einem bestimmten Problem oder einer Aufgabe anzupassen oder glattweg ignoriert. Ich muss nur den Vorgang des Internationalen Währungsfonds erwähnen, der seine fundamentalen Regeln zur Kreditvergabe an Länder mit einer überfälligen Staatsverschuldung angepasst hat, als es um das Problem der ukrainischen Staatsschulden an Russland ging.

Die Gespräche über die Schaffung wirtschaftlicher Mega-Blöcke könnten einen endgültigen Verlust der globalen Wirtschaftsregeln mit sich bringen.

Die Globalisierung, die ein gewünschtes Ziel war, spielt gewissermaßen ein grausames Spiel mit uns. Ich sprach persönlich darüber mit meinen Kollegen beim G8-Treffen, als sie noch jeder brauchte. Aber die Zeiten ändern sich schnell. Selbst eine kleine wirtschaftliche Veränderung in einem Land trifft nun ganze Märkte und Länder und das fast zeitgleich. Zudem können die globalen Regulierungsmechanismen nicht wirksam nationale Interessen ausbalancieren. Der Energiemarkt bleibt äußerst instabil. Seine Volatilität hat beide betroffen, Importeure und Exporteure.

Wir bedauern, dass die Praxis des einseitigen wirtschaftlichen Drucks in Form von Sanktionen an Dynamik gewinnt. Entscheidungen werden willkürlich und manchmal in Verletzung des Völkerrechts getroffen. Die Grundlagen der funktionierenden internationalen Wirtschaftsorganisationen, darunter die Welthandelsorganisation (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>), werden ausgehebelt. Wir haben immer gesagt, ich habe immer gesagt, dass die Sanktionen nicht nur diejenigen treffen, gegen die sie erhoben werden, sondern auch diejenigen, die sie als Druckinstrument verwenden. Wie viele gemeinsame Initiativen wurden aufgrund von Sanktionen aufgegeben! Ich habe mich erst mit deutschen Geschäftsleuten getroffen, und wir haben über dieses Problem diskutiert.

Haben wir die direkten und die indirekten Kosten für die europäische und die russische Wirtschaft nicht richtig berechnet? Sind unsere Unterschiede wirklich so tief, dass sie das wert sind? An Sie alle hier in diesem Publikum – brauchen Sie das wirklich?

Dieser Weg führt ins Nirgendwo. Ich sage Ihnen, dass jeder leiden wird. Es ist essentiell, dass wir uns gemeinsam für ein neues globales System einsetzen, dass die Grundsätze der Effektivität, der Gerechtigkeit, der Marktöffnung und des Sozialschutzes kombiniert.

2. Die Krise des Weltwirtschaftsentwicklungsmodells schafft die Bedingungen für eine Vielzahl von Konflikten, einschließlich regionaler Konflikte:

Europäische Politiker dachten, dass die Schaffung eines sogenannten Gürtels von befreundeten Ländern an den Außengrenzen der EU zuverlässig Sicherheit garantieren würde. Aber was sind die Ergebnisse dieser Politik? Was Sie haben, ist nicht ein Gürtel von befreundeten Ländern, sondern eine Sperrzone mit lokalen Konflikten und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sowohl an den Ostgrenzen (Ukraine und Moldawien) als auch an den Südgrenzen (im Nahen Osten, Nordafrika, Libyen und Syrien).

Das Ergebnis ist, dass diese Regionen uns allen Kopfschmerzen bereiten. Das Normandie-Format (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Normandie-Format>). hat uns geholfen Verhandlungen über die Ukraine zu starten. Wir glauben, dass es zur Zeit keine besseren Instrumente für eine friedliche Lösung gibt als das Minsk-Abkommen (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Minsk_II). Wir begrüßen Frankreichs ausgewogene und konstruktive Haltung zur Ukraine und zu allen anderen aktuellen internationalen Themen. Ich stimme Herrn

Valls völlig zu, dass der russisch-französische Gesprächsfaden nie abgerissen ist und dass er konkrete Ergebnisse hervorgebracht hat. Es ist wahr, dass alle Seiten das Minsk-Abkommen einhalten müssen, aber die Umsetzung hängt in erster Linie von Kiew ab. Warum von Kiew? Nicht, weil wir versuchen Verantwortung abzuschieben, sondern weil es an Kiews Zeit ist.

Die Situation ist sehr instabil, obwohl Fortschritte in einer Reihe von Bereichen gemacht worden sind.

Was ist Russlands größte Sorge?

Der erste und wichtigste Punkt ist, dass die umfassende Waffenruhe im Südosten der Ukraine nicht eingehalten wird. Vom Beschuss an der Kontaktlinie, den es eigentlich nicht geben sollte, wird routinemäßig berichtet. Und wir müssen diesbezüglich ein klares Signal an alle beteiligten Parteien senden.

Zweitens, bis heute wurde keine Änderungen der ukrainischen Verfassung gebilligt, obwohl dies bis Ende 2015 geschehen sein sollte und auch das Gesetz über einen Sonderstatus für den Donbass wurde nicht implementiert.

Anstatt konkrete Elemente der Dezentralisierung mit den Regionen zu koordinieren, und das ist die entscheidende Frage, hat die Ukraine sogenannte „Übergangsbestimmungen“ angenommen, obwohl die oben genannten Anforderungen schwarz auf weiß im Minsker Abkommen festgehalten sind.

Drittens, besteht Kiew weiterhin darauf, dass lokale Wahlen auf einem neuen ukrainischen Gesetz beruhen. Darüber hinaus hat Kiew nicht seine Verpflichtung erfüllt, eine breite Amnestie zu implementieren, die alle umfassen sollte, die im Jahr 2014 und 2015 an den Entwicklungen in der Ukraine beteiligt waren. Ohne Amnestie werden diese Menschen nicht in der Lage sein, an Wahlen teilzunehmen, was alle Wahlergebnisse in Frage stellt, was wohl kaum der OSZE (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_f%C3%BCr_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa) gefallen wird.

Wie ich es bereits sagte, müssen die Minsker Vereinbarungen in vollem Umfang umgesetzt werden, und das ist die Haltung Russlands zu diesem Thema. Zur gleichen Zeit, sind vernünftige Leute offen für Diskussionen zu verschiedenen Ideen, die auch Kompromisse beinhalten. Wir, zum Beispiel, akzeptieren die Initiative von Herrn Steinmeier, über eine vorübergehende Anwendung des Gesetzes zur Sonderstellung, sobald der Wahlkampf beginnt. Nachdem das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte die Wahlergebnisse anerkennt, muss dieses Gesetz dauerhaft angewendet werden. Aber es gibt hier immer noch keine Fortschritte, trotz des Kompromissvorschlags.

Natürlich ist die humanitäre Lage äußerst alarmierend. Die Wirtschaft der südöstlichen Ukraine verschlechtert sich, denn dieser Teil der Ukraine wird blockiert und die Initiative der deutschen Bundeskanzlerin zur Wiederherstellung des Bankensystems in der Region, wurde abgelehnt. Zehntausende Menschen leben am Rande einer humanitären Katastrophe. Merkwürdig ist, dass es so scheint, dass das Russland mehr Sorgen macht als der Ukraine selbst. Warum ist das so? Wir haben und werden weiterhin humanitäre Konvois in den Südosten der Ukraine entsenden.

Ich muss ganz offen sagen, dass Russland eine vernünftige Flexibilität zur Implementierung des Minsker Abkommens gezeigt hat und auch weiterhin zeigen wird, solange es nicht dem Wesen des Abkommens widerspricht. Aber wir können nichts tun, was außer-

halb unserer Zuständigkeit fällt. Das heißt, wir können nicht die politischen und rechtlichen Verpflichtungen der Regierung in Kiew umsetzen. Diese stehen unter der direkten Aufsicht des Präsidenten, der Regierung und dem Parlament der Ukraine. Aber leider scheint es, dass sie nicht Willens sind beziehungsweise nicht den Wunsch haben, es zu tun. Ich denke, dass dies für jeden offensichtlich geworden ist.

Wie auch für Syrien, haben wir daran gearbeitet und werden auch weiterhin an der Umsetzung für gemeinsame Friedensinitiativen arbeiten. Es ist ein schwieriger Weg, aber es gibt keine Alternative als einen interethnischen und interreligiösen Dialog. Wir müssen Syrien als einen einheitlichen Staat bewahren und seine Auflösung aus konfessionellen Gründen verhindern. Die Welt kann sich kein weiteres Libyen, Jemen oder Afghanistan leisten. Die Folgen dieses Szenarios für den Nahen Osten würden katastrophal sein. Die Arbeit der Internationalen Syrien Unterstützer-Gruppe / ISSG (weitere Infos dazu unter <http://www.-state.gov/r/pa/prs/ps/2016/02/252428.htm>), gibt uns eine gewisse Hoffnung. Sie haben sich hier vorgestern versammelt und koordinierten eine Liste mit praktischen Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 2254, die die Bereitstellung von humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung beinhaltet und die Bedingungen für eine Waffenruhe umreißt, mit Ausnahme von Terrorgruppen, natürlich. Die Umsetzung dieser Maßnahmen werden unter Vorsitz von Russland und den Vereinigten Staaten angeführt werden. Ich möchte betonen, dass die tägliche Arbeit der russischen und amerikanischen Militärs hier der Schlüssel ist. Ich spreche über regelmäßige Arbeit, nicht von gelegentlichen Kontakten, sondern von täglicher Arbeit, einem Arbeitsalltag.

Natürlich sollte es für den Beginn der Gespräche über die Einigung zwischen der syrischen Regierung und der Opposition keine Vorbedingungen geben und es gibt auch keinen Grund nun mit Bodentruppen zu drohen.

3. Wir sind überzeugt davon, dass, wenn es uns nicht gelingen sollte, die Situation in Syrien und anderen Konfliktgebieten zu normalisieren, Terrorismus eine neue Form des Krieges werden wird, der sich auf der ganzen Welt verbreitet:

Es wird nicht nur eine neue Form des Krieges sein, sondern eine Methode zur Beilegung ethnischer und religiöser Konflikte und kann zu einer Form der Quasi-Staatsführung werden. Stellen Sie sich eine Kette von Ländern vor, die von Terroristen durch Terror geführt werden. Ist das das 21. Jahrhundert?

Es ist allgemein bekannt, dass der Terrorismus nicht ein Problem innerhalb einzelner Länder ist. Russland schlug als erstes Alarm vor zwei Jahrzehnten. Wir haben versucht, unsere Partner zu überzeugen, dass die Kernursachen nicht nur in ethnischen oder religiösen Unterschieden liegen. Nehmen wir z.B. ISIS, deren Ideologie nicht auf islamischen Werten basiert, sondern auf einem blutrünstigen Wunsch zu töten und zu zerstören. Der Terrorismus ist ein zivilisatorisches Problem. Entweder wir oder sie, und es ist für alle an der Zeit das zu verstehen. Es gibt keine Nuancen oder Untertöne, keine Rechtfertigungen für terroristische Aktionen, keine Teilung in Freunde oder Feinde, in gemäßigte oder extremistische Terroristen.

Die Zerstörung des russischen Flugzeugs über Sinai, die Terroranschläge in Paris, London, Israel, Libanon, Pakistan, Irak, Mali, Jemen und anderen Ländern, die grausigen Hinrichtung von Geiseln, Tausende von Opfern und endlose andere Bedrohungen sind ein Beweis, dass der internationale Terrorismus Staatsgrenzen trotzt. Terroristen und Extremisten versuchen, ihren Einfluss nicht nur im gesamten Nahen Osten und Nordafrika zu verbreiten, sondern auch im gesamten Raum von Zentralasien. Leider, sind sie bisher erfolgreich gewesen, vor allem, weil wir nicht in der Lage sind unsere Differenzen beiseite zu

legen und wir unsere Kräfte nicht gegen sie vereinen. Auch die Zusammenarbeit auf geheimdienstlicher Ebene wurde auf Eis gelegt. Und das ist lächerlich, als sagten sie "Wir wollen überhaupt nicht mit euch arbeiten". Der IS sollte meinen Kollegen, den Führern der westlichen Länder, dankbar sein, die diese Zusammenarbeit ausgesetzt haben.

Bevor ich zu dieser Konferenz kam, las ich viel Material, darunter auch einige von westlichen Experten. Selbst diejenigen, die nicht positiv über Russland denken, geben zu, dass trotz unserer Unterschiede, die „Anti-Terror-Formel“ ohne Russland nicht wirksam sein wird. Sie drücken es nur auf ihre Art und Weise aus und sagen, dass ein schwaches Russland noch gefährlicher ist als ein starkes Russland.

4. Regionale Konflikte und Terrorismus hängen eng mit der beispiellosen unkontrollierten Migration zusammen: Man könnte es eine neue große Völkerwanderung nennen, und sie ist der Höhepunkt der zahlreichen Probleme der modernen globalen Entwicklung. Nicht nur Westeuropa ist betroffen, auch Russland. Der Zustrom von Migranten aus Syrien nach Russland ist nicht sehr groß, aber der Zustrom von Migranten aus der Ukraine ist zu einem ernstesten Problem geworden. Mehr als eine Million ukrainische Flüchtlinge hat Russland in den letzten 18 Monaten aufgenommen.

Kriege und die damit verbundenen Entbehrungen, wie Ungleichheit, niedriger Lebensstandard, Gewalt und fanatische Kräfte, die die Menschen zwingen, ihre Häuser zu verlassen. Gescheiterte Versuche westliche Demokratiemodelle in sozialen Umfeldern zu verbreiten, die nicht dafür geeignet sind, haben zum Untergang ganzer Staaten geführt und haben riesige Gebiete in Zonen der Feindseligkeit verwandelt. Ich erinnere mich noch gut daran, als sich meine Kollegen über den sogenannten arabischen Frühling freuten. Ich habe es buchstäblich miterlebt. Aber wo hat sich denn diese moderne Demokratie etabliert in diesen Ländern? Sieht aus als hätte sie es, aber in Form von ISIS.

Das Humankapital degeneriert in den Ländern, die die Flüchtlinge verlassen und damit schwinden auch die Entwicklungsperspektiven dieser Länder. Die fortschreitende Migrationskrise nimmt zunehmend die Eigenschaften einer humanitären Katastrophe an, zumindest in einigen Teilen Europas. Soziale Probleme wachsen, zusammen mit gegenseitiger Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. Ganz zu schweigen davon, dass Hunderte und Tausende von Extremisten unter dem Deckmantel, Flüchtlinge zu sein, nach Europa kommen. Andere Migranten sind Menschen einer absolut anderen Kultur, die nur Geldleistungen erhalten möchten, ohne etwas dafür zu tun. Das stellt eine sehr reale Gefahr für den gemeinsamen Wirtschaftsraum dar. Als nächstes werden der Kulturraum und auch die europäische Identität bedroht werden. Wir beobachten mit Bedauern, wie wertvolle Mechanismen, die auch Russland braucht, zerstört werden. Ich beziehe mich auf den faktischen Zerfall der Schengen-Zone.

Wir für unseren Teil sind bereit, unser Bestes zu tun, um bei der Migrationsproblematik zu helfen, insbesondere durch die Bemühungen, die Situation in den Konfliktregionen, aus denen die meisten Flüchtlinge kommen, zu normalisieren, wozu auch Syrien gehört.

5. Lassen Sie uns möglichst ehrlich sein. Die meisten dieser Herausforderungen entwickeln sich nicht erst seit gestern und sie wurden auf jeden Fall nicht in Russland erfunden:

Bis jetzt haben wir nicht gelernt auf diese Herausforderungen richtig zu reagieren oder sogar proaktiv. Weswegen ein Großteil der Ressourcen bei der Bekämpfung der Folgen verschwendet wird, oft ohne die Ursache zu identifizieren. Oder wir investieren unsere Energie nicht in den Kampf gegen das eigentliche Übel, aber in die Abschreckung unserer Nachbarn und dieses Problem wurde hier angesprochen. Der Westen wendet diese Ab-

schreckung aktiv an, auch gegen Russland. Der Trugschluss dieser Vorgehensweise ist, dass wir in zehn oder zwanzig Jahren immer noch die gleichen Probleme debattieren werden. Vorausgesetzt, dass dies zur Debatte steht, denn natürlich stehen solche Diskussionen nicht auf der Tagesordnung des Großen Kalifats.

Es gibt unterschiedliche Meinungen über die Perspektiven für die Zusammenarbeit mit Russland. Auch in Russland unterscheiden sich die Meinungen. Aber können wir uns vereinigen, um gegen die Herausforderungen, die ich gerade erwähnt habe, aufzustehen? Ja, ich bin zuversichtlich, dass wir es können. Gestern erlebten wir ein perfektes Beispiel im Bereich der Religion. Patriarch Kyrill von Moskau und ganz Russland und Papst Franziskus der katholischen Kirche trafen sich in Kuba, nachdem die beiden Kirchen Hunderte Jahre die Gespräche miteinander eingestellt hatten. Natürlich ist die Wiederherstellung von Vertrauen eine anspruchsvolle Aufgabe. Es ist schwer zu sagen, wie lange es dauern würde. Aber es ist notwendig, diesen Prozess zu starten und das muss ohne Vorbedingungen erfolgen. Entweder wir alle wollen es oder keiner von uns. Im letzteren Fall wird es keine Zusammenarbeit geben.

Unsere Einschätzungen zu Ereignissen, die sich in den vergangenen zwei Jahren abspielten, unterscheiden sich. Ich möchte jedoch betonen, dass sie sich nicht so sehr unterscheiden, wie vor 40 Jahren, als wir die Schlussakte von Helsinki unterzeichneten und als Europa buchstäblich durch die Mauer getrennt war. Als alte Phobien überwogen, waren wir festgefahren. Als wir es geschafft haben, unsere Kräfte zu bündeln, waren wir erfolgreich. Es gibt viele Beweise, die das belegen. Wir haben es geschafft uns über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen zu einigen, was eine bahnbrechende Leistung war. Wir haben eine Kompromisslösung in Bezug auf das iranische Atomprogramm ausgearbeitet. Wir haben alle Seiten im syrischen Konflikt überzeugt, sich an den Verhandlungstisch in Genf zu setzen. Wir haben Maßnahmen gegen die Piraterie koordiniert. Und die Klimakonferenz, die letztes Jahr in Paris stattfand. An diesen positiven Ergebnissen sollten wir anknüpfen.

Meine Damen und Herren,

die aktuelle Architektur der europäischen Sicherheit, die auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs gebaut wurde, ermöglichte uns, globale Konflikte für mehr als 70 Jahre zu vermeiden. Der Grund dafür war, dass diese Architektur auf Prinzipien aufgebaut wurde, die zu diesem Zeitpunkt jedem klar waren, in erster Linie den unbestreitbaren Wert des menschlichen Lebens. Wir zahlten einen hohen Preis für diese Werte. Aber unsere gemeinsame Tragödie zwang uns dazu, dass wir uns über unsere politischen und ideologischen Unterschiede im Namen des Friedens hinwegsetzen. Es stimmt, dass dieses Sicherheitssystem seine Probleme hat und manchmal Fehlfunktionen. Aber brauchen wir eine weitere, dritte globale Tragödie, um zu verstehen, dass wir Zusammenarbeit statt Konfrontation brauchen?

Ich möchte John F. Kennedy zitieren, der einfache Worte verwendete, aber die am besten geeigneten Worte: „Innenpolitik kann uns nur besiegen; Außenpolitik kann uns töten.“ In den frühen 1960er Jahren stand die Welt an der Tür einer nuklearen Apokalypse, aber die beiden rivalisierenden Kräfte fanden den Mut, zuzugeben, dass keine politische Konfrontation Menschenleben wert war.

Ich glaube, dass wir weiser, erfahrener und verantwortungsbewusster geworden sind. Und wir sind nicht durch ideologische Phantome und Stereotypen geteilt. Ich glaube, dass die Herausforderungen, denen wir heute gegenüberstehen, nicht in Konflikte führen werden, sondern uns unterstützen werden, gemeinsam zu einer fai-

ren und gleichberechtigten Vereinigung zu kommen, die uns Frieden für mindestens weitere 70 Jahre gewähren wird. (Hervorhebung LUFTPOST)

Vielen Dank.

(Wir haben die RT DEUTSCH-Übersetzung textlich unverändert übernommen und ergänzende Links in runden Klammern eingefügt. Anschließend drucken wir noch die von der russischen Regierung verbreitete offizielle englische Übersetzung der Medwedew-Rede ab.)



The Russian Government

Dmitry Medvedev's speech at the panel discussion.

Munich Security Conference

13 February 2016

(s. <http://government.ru/en/news/21784/>)

Transcript:

The first cold war ended 25 years ago. This is not long in terms of history, but it is a considerable period for individual people and even for generations. And it is certainly sufficient for assessing our common victories and losses, setting new goals and, of course, avoiding a repetition of past mistakes.

The Munich Security Conference has been known as a venue for heated and frank discussion. This is my first time here. Today I'd like to tell you about Russia's assessment of the current European security situation and possible solutions to our common problems, which have been aggravated by the deterioration of relations between Russia and the West.

Before coming to this conference, I met with President Putin. We talked about his speech at the Munich conference in 2007. He said then that ideological stereotypes, double standards and unilateral actions do not ease but only fan tensions in international relations, reducing the international community's opportunities for adopting meaningful political decisions.

Did we overstate this? Were our assessments of the situation too pessimistic? Unfortunately, I have to say that the situation is now even worse than we feared. Developments have taken a much more dramatic turn since 2007. The concept of Greater Europe has not materialised. Economic growth has been very weak. Conflicts in the Middle East and North Africa have increased in scale. The migration crisis is pushing Europe towards collapse. Relations between Europe and Russia have soured. A civil war is raging in Ukraine.

In this context, we need to launch an intensive dialogue on the future architecture of Euro-Atlantic security, global stability and regional threats more than ever before. I consider it unacceptable that this dialogue has almost ceased in many spheres. The problem of miscommunication has been widely recognised both in Western Europe and in Russia. The mechanisms that allowed us to promptly settle mutual concerns have been cut off. Moreover, we've lost our grasp of the culture of mutual arms control, which we used for a long time as the basis for strengthening mutual trust. Partnership initiatives, which took much time and effort to launch, are expiring one by one. The proposed European security treaty has been put on hold. The idea of a Russia-EU Committee on Foreign Policy and Security, which I discussed with German Chancellor Angela Merkel in Meseberg, has not materiali-

sed. We believe that NATO's policy towards Russia remains unfriendly and generally obdurate.

Speaking bluntly, we are rapidly rolling into a period of a new cold war. Russia has been presented as well-nigh the biggest threat to NATO, or to Europe, America and other countries (and Mr Stoltenberg has just demonstrated that). They show frightening films about Russians starting a nuclear war. I am sometimes confused: is this 2016 or 1962?

But the real threats to this small world are of an absolutely different nature, as I hope you will admit. The term "European security" is now more embracing than it used to be. Forty years ago it concerned above all military and political relations in Europe. But new issues have come to the fore since then, such as sustainable economic development, inequality and poverty, unprecedented migration, new forms of terrorism and regional conflicts, including in Europe. I am referring to Ukraine, the volatile Balkans, and Moldova that is teetering on the brink of a national collapse.

The cross-border threats and challenges, which we for a while believed to have been overcome, have returned with a new strength. The new threats, primarily terrorism and extremism, have lost their abstract form for the majority of people. They have become reality for millions in many countries. As Mr Valls has just mentioned, they have become a daily threat. We can expect an airplane to be blown up or people in a café to be shot every day. These used to be everyday events in the Middle East, but now it's the same the world over.

We see that economic, social and military challenges have become mutually complementary. But we continue to act randomly, inconsistently, and in many cases exclusively in our own national interests. Or a scapegoat is appointed in an arbitrary manner.

I am offering you five theses on security as such.

First, the economy.

We have approached a change in paradigm in international economic relations. The traditional schemes are no longer effective. Political expediency is taking priority over simple and clear economic reason. The code of conduct is revised ad hoc to suit a specific problem or task or is bluntly ignored. I'll just point out how the International Monetary Fund adjusted its fundamental rules on lending to countries with overdue sovereign debt when the issue concerned Ukraine's sovereign debt to Russia.

Talks on creating economic mega-blocs could result in the erosion of the system of global economic rules.

Globalisation, which was a desired objective, has to a certain extent played a cruel joke on us. I personally talked about this with my colleagues at the G8 meetings when everyone needed them. But times change rapidly. Even a minor economic shift in one country now hits whole markets and countries almost immediately. And global regulation mechanisms cannot effectively balance national interests.

The energy market remains extremely unstable. Its volatility has affected both importers and exporters.

We regret that the practice of unilateral economic pressure in the form of sanctions is gaining momentum. Decisions are taken arbitrarily and at times in violation of international law. This is undermining the operating foundations of international economic organisati-

ons, including the World Trade Organisation. We have always said, I have always said that sanctions hit not only those against whom they are imposed but also those who use them as an instrument of pressure. How many joint initiatives have been suspended because of sanctions! I have just met with German businessmen and we discussed this issue. Have we properly calculated not only the direct but also the indirect costs for European and Russian business? Are our differences really so deep, or are they not worth it? All of you here in this audience – do you really need this?

This is a road to nowhere. Everyone will suffer, mark my words. It is vitally important that we join forces to strengthen a new global system that can combine the principles of effectiveness and fairness, market openness and social protection.

Second, the crisis of the global economic development model is creating conditions for a variety of conflicts, including regional conflicts.

European politicians thought that the creation of the so-called belt of friendly countries on the outer border of the EU would reliably guarantee security. But what are the results of this policy? What you have is not a belt of friendly countries, but an exclusion zone with local conflicts and economic trouble both on the eastern borders (Ukraine and Moldova) and on the southern borders (the Middle East and North Africa, Libya and Syria).

The result is that these regions have become a common headache for all of us.

The Normandy format has helped us launch negotiations on Ukraine. We believe that there are no better instruments for a peaceful settlement than the Minsk Agreements.

We welcome France's balanced and constructive stance on Ukraine and on all other acute international issues. I fully agree with Mr Valls that the Russian-French dialogue never stopped, and that it has produced concrete results.

It is true that all sides must comply with the Minsk Agreements. But implementation primarily depends on Kiev. Why them? Not because we are trying to shift responsibility, but because it's their time.

The situation is very unstable, despite progress made in a number of areas (heavy weaponry withdrawal, the OSCE mission and other issues).

What is Russia's biggest concern?

First and most important, a comprehensive ceasefire is not being observed in southeastern Ukraine. Shooting is routinely reported at the line of contact, which should not be happening. And we must send a clear signal to all the parties involved, in this regard.

Second, amendments to the Ukrainian Constitution have not been approved to this day, although this should have been done by the end of 2015. And the law on a special status for Donbass has not been implemented.

Instead of coordinating specific decentralisation parameters with the regions, and this is the crucial issue, Ukraine has adopted so-called "transitional provisions," even though the above requirements were put in black and white in the Minsk Agreements.

Third, Kiev continues to insist that local elections be based on a new Ukrainian law. Furthermore, Kiev has not implemented its commitment on a broad amnesty that should embrace all those who were involved in the developments in Ukraine in 2014-2015. Without

being amnestied, these people will be unable to participate in elections, which will make any election results questionable. The OSCE will not endorse this.

As I said, the Minsk Agreements must be implemented in full and this is Russia's stance on the issue. At the same time, being reasonable people open to discussing various ideas, including a compromise, we, for instance, accepted the initiative of Mr Steinmeier on the temporary application of the law on special status as soon as the election campaign begins. After the OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights recognises the election results, this law must be applied permanently. But there's still no progress here, despite the compromise suggested.

Of course, the humanitarian situation is extremely alarming. The economy of southeastern Ukraine is deteriorating, that part of Ukraine is blockaded, and the German Chancellor's initiative on the restoration of the banking system in the region there has been rejected. Tens of thousands of people are living on the verge of a humanitarian catastrophe.

Oddly, Russia seems to be more concerned about this than Ukraine, why is this so? We have been sending and will have to continue sending humanitarian convoys to southeastern Ukraine.

I must say that Russia has shown and will continue to show reasonable flexibility in the implementation of the Minsk Agreements where this doesn't contradict their essence. But we can't do what is not in our competence. That is, we cannot implement the political and legal obligations of the Kiev government. This is under the direct authority of the President, the Government and the Parliament of Ukraine. But unfortunately, it appears that they don't have the will or a desire to do it. I think this has become obvious to everyone.

As for Syria, we have been working and will continue to work to implement joint peace initiatives. This is a difficult path, but there is no alternative to an interethnic and interreligious dialogue. We must preserve Syria as a union state and prevent its dissolution for denominational reasons. The world will not survive another Libya, Yemen or Afghanistan. The consequences of this scenario will be catastrophic for the Middle East. The work of the International Syria Support Group gives us a certain hope. They gathered here the day before yesterday and coordinated a list of practical measures aimed at implementing the UN Security Council Resolution 2254, including the delivery of humanitarian aid to civilians and outlining the conditions for a ceasefire, except for terrorist groups, of course. The implementation of these measures is to be led by Russia and the United States. I would like to emphasise that the daily work of the Russian and American militaries is the key here. I'm talking about regular work without the need to seek incidental contacts, day-to-day work, everyday work.

Of course, there should be no preliminary conditions to start the talks on the settlement between the Syrian government and opposition, and there is no need to impend anyone with a land military operation.

Third, we sincerely believe that if we fail to normalise the situation in Syria and other conflict areas, terrorism will become a new form of war that will spread around the world. It will not be just a new form of war but a method of settling ethnic and religious conflict, and a form of quasi-state governance. Imagine a group of countries that are governed by terrorists through terrorism. Is this the 21st century?

It is common knowledge that terrorism is not a problem within individual countries. Russia first raised this alarm two decades ago. We tried to convince our partners that the core causes were not just ethnic or religious differences. Take ISIS, whose ideology is not ba-

sed on Islamic values but on a blood-thirsty desire to kill and destroy. Terrorism is civilisation's problem. It's either us or them, and it's time for everyone to realise this. There are no nuances or undertones, no justifications for terrorist actions, no dividing terrorists into ours or theirs, into moderate or extremist.

The destruction of the Russian plane over Sinai, the terrorist attacks in Paris, London, Israel, Lebanon, Pakistan, Iraq, Mali, Yemen and other countries, the grisly executions of hostages, thousands of victims, and endless other threats are evidence that international terrorism defies state borders. Terrorists and extremists are trying to spread their influence not only throughout the Middle East and North Africa but also to the whole of Central Asia. Unfortunately, they have so far been successful, mostly because we are unable to set our differences aside and to really join forces against them. Even cooperation at the security services level has been curtailed. And this is ridiculous, like we don't want to work with you. Daesh should be grateful to my colleagues, the leaders of the Western countries who have suspended this cooperation.

Before coming to this conference, I read much material, including some by Western experts. Even those who don't think positively about Russia admit that, despite our differences, the "anti-terrorist formula" will not be effective without Russia. On the other hand, they sometimes frame this conclusion in an overall correct, but slightly different way, saying that a weak Russia is even more dangerous than a strong Russia.

Fourth, regional conflicts and terrorism are closely related to the unprecedentedly large issue of uncontrolled migration. This could be described as a great new transmigration of peoples and the culmination of the numerous problems of modern global development. It has affected not only Western Europe but also Russia. The inflow of migrants from Syria to Russia is not very large, but the inflow of migrants from Ukraine has become a serious problem. Over a million Ukrainian refugees have entered Russia over the past 18 months.

Wars and related deprivations, inequality, low standards of living, violence, and fanaticism force people to flee their homes. Unsuccessful attempts to spread Western models of democracy to a social environment that is not suited for this have resulted in the demise of entire states and have turned huge territories into zones of hostility. I remember how my colleagues once rejoiced at the so-called Arab Spring. I literally witnessed it. But has modern democracy taken root in these countries? Looks like it has, but in the form of ISIS.

Human capital is degenerating in the countries the refugees are leaving. And these countries' development prospects have taken a downward turn. The ongoing migration crisis is rapidly acquiring the features of a humanitarian catastrophe, at least in some parts of Europe. Social problems are growing too, along with mutual intolerance and xenophobia. Not to mention the fact that hundreds and thousands of extremists enter Europe under the guise of being refugees. Other migrants are people of an absolutely different culture who only want to receive monetary benefits without doing anything to earn them. This poses a very real danger to the common economic space. The next targets will be the cultural space and even the European identity. We watch with regret how invaluable mechanisms, which Russia also needs, are being destroyed. I am referring to the actual collapse of the Schengen zone.

For our part, we are willing to do our best to help address the migration issue, including by contributing to efforts to normalise the situation in the conflict regions from which the majority of refugees come, Syria among them.

And fifth, let's be as honest as possible. The majority of these challenges did not develop yesterday. And they were definitely not invented in Russia. Yet we haven't learned to react

to these challenges properly or even proactively. This is why the bulk of resources go into dealing with the consequences, often without identifying the root cause. Or we invest our energy not in fighting the real evil, but in deterring our neighbours, and this problem has just been voiced here. The West continues to actively use this deterrence doctrine against Russia. The fallacy of this approach is that we will still be debating the same issues in 10 and even 20 years. Provided there will be anything to debate about, of course, as discussions are not on the agenda of the Great Caliphate.

Opinions on the prospects for cooperation with Russia differ. Opinions also differ in Russia. But can we unite in order to stand up against the challenges I mentioned above? Yes, I am confident that we can. Yesterday we witnessed a perfect example in the area of religion. Patriarch Kirill of Moscow and All Russia and Pope of the Catholic Church Francis met in Cuba following hundreds of years when the two churches did not communicate. Of course, restoring trust is a challenging task. It's difficult to say how long it would take. But it is necessary to launch this process. And this must be done without any preliminary conditions. Either all of us need to do this or none of us. In the latter case, there will be no cooperation.

We often differ in our assessments of the events that took place over the past two years. However, I want to emphasise that they don't differ as much as they did 40 years ago when we signed the Final Helsinki Act and when Europe was literally divided by The Wall. When old phobias prevailed, we were deadlocked. When we managed to join forces, we succeeded. There is much evidence to support this. We managed to agree on the reduction of strategic offensive weapons, which was a breakthrough achievement. We have worked out a compromise solution regarding Iran's nuclear programme. We have convinced all sides in the Syrian conflict to sit down at the negotiating table in Geneva. We have coordinated actions against pirates. And the Climate Change Conference was held in Paris last year. We should replicate these positive outcomes.

Ladies and gentlemen,

The current architecture of European security, which was built on the ruins of World War II, allowed us to avoid global conflicts for more than 70 years. The reason for this was that this architecture was built on principles that were clear to everyone at that time, primarily the undeniable value of human life. We paid a high price for these values. But our shared tragedy forced us to rise above our political and ideological differences in the name of peace. It's true that this security system has its issues and that it sometimes malfunctions. But do we need one more, third global tragedy to understand that what we need is cooperation rather than confrontation?

I'd like to quote from John F. Kennedy, who used very simple but the most appropriate words, "Domestic policy can only defeat us; foreign policy can kill us." In the early 1960s the world stood at the door of a nuclear apocalypse, but the two rivalling powers found the courage to admit that no political confrontation was worth the human lives.

I believe that we have become wiser and more experienced and more responsible. And we are not divided by ideological phantoms and stereotypes. I believe that the challenges we are facing today will not lead to conflict but rather will encourage us to come together in a fair and equal union that will allow us to maintain peace for another 70 years, at least.

Thank you.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern

13/13